

Arbeitszeiten wieder so lang wie vor 20 Jahren

IAQ/HBS Arbeitszeit-Monitor seit 2001: Auf Personalabbau folgten Arbeitszeitverlängerungen

Auf den Punkt...

- 2006 arbeiteten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/innen in Deutschland durchschnittlich 40,3 (Westdeutschland: 40,4) Stunden in der Woche. In Westdeutschland waren dies die längsten Arbeitszeiten seit 1988.
- Der Anstieg der Arbeitszeiten ist in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland, so dass die westdeutschen Arbeitszeiten in den letzten Jahren sogar etwas über das ursprünglich höhere ostdeutsche Niveau hinaus angestiegen sind.
- Bei der Arbeitszeitverlängerung sind die Metallindustrie und der öffentliche Dienst in Westdeutschland führend. Innerhalb von nur drei Jahren (2003 bis 2006) erhöhten sich die durchschnittlichen Arbeitszeiten in beiden Branchen um rund eine Wochenstunde.
- Bei den Vollzeitbeschäftigten liegen die deutschen Wochenarbeitszeiten im EU-Durchschnitt. Die Arbeitszeiten teilzeitbeschäftigter Frauen dagegen sind in keinem Land der EU so kurz wie in Westdeutschland.
- Die Arbeitszeitverlängerungen im zurückliegenden Konjunkturaufschwung dürften auch auf den massiven Personalabbau in vielen Unternehmen während der Stagnationsphase 2001-2003 zurückzuführen sein. Aus dieser Fehlentwicklung sollte in der jetzt einsetzenden Rezession gelernt werden.

Einleitung

Auf der Grundlage des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes hat das IAQ einen Arbeitszeit-Monitor für den Zeitraum 2001 bis 2006 erstellt. Die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Sonderauswertung der größten repräsentativen Erhebung zu den Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland ermöglicht ein differenziertes Bild von Beschäftigungs- und Arbeitszeittrends. Die Ergebnisse werden mit wechselnden thematischen Schwerpunkten in periodischen Reports vorgestellt (siehe Kasten Seite 2 sowie [IAQ-Report 2008-04](#)). Der vorliegende Report gibt einen Überblick über die Haupttrends der Arbeitszeitentwicklung in den zurückliegenden Jahren. Der hier betrachtete Zeitraum ist besonders interessant, weil er sowohl einen wirtschaftlichen Abschwung (bis einschließlich 2003) als auch den darauf folgenden Aufschwung umfasst. Dies erlaubt Ausblicke auf die gegenwärtig einsetzende Rezession.

Der IAQ/HBS Arbeitszeit-Monitor

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung analysiert das IAQ die Veränderungen der Arbeitszeitstrukturen in Deutschland. Basis sind Sonderauswertungen des Mikrozensus, einer regelmäßig durchgeführten Individualerhebung der amtlichen Statistik, an der jährlich 1% aller Haushalte in Deutschland beteiligt sind. Die neusten im Herbst 2008 auswertbaren Daten beziehen sich auf das Jahr 2006.

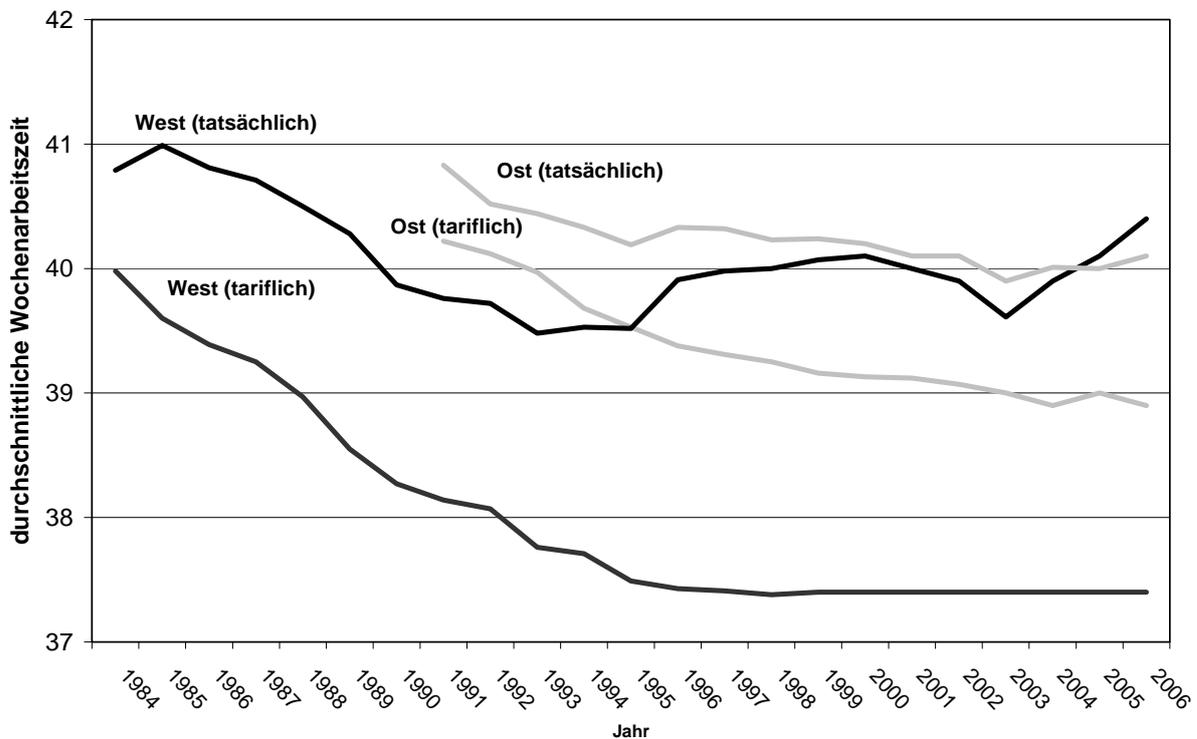
Für die Arbeitszeitanalyse wurden die Angaben von abhängig Beschäftigten über die von ihnen nach eigener Einschätzung geleisteten tatsächlichen Wochenarbeitszeiten („normalerweise“ in der Woche gearbeitete Stunden) ausgewertet. Die Unterteilung in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte folgt ebenfalls der Einordnung durch die Beschäftigten selber. Die Daten des Mikrozensus beruhen auf einer hohen Fallzahl und die regelmäßige Durchführung ermöglicht eine Darstellung von Zeitreihen. Ein Sample aus dem Mikrozensus geht außerdem in die Europäische Arbeitskräftestichprobe (European Labour Force Survey / ELFS) ein, so dass EU-Vergleiche auf der Grundlage weitgehend harmonisierter Erhebungen angestellt werden können.

Arbeitszeitverlängerungen im Aufschwung nach Personalabbau in der Rezession

Im Zeitraum 2001 bis 2006 sind die durchschnittlichen Arbeitszeiten von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland länger geworden. Westdeutsche Vollzeitbeschäftigte waren 2006 mit durchschnittlich 40,4 Wochenstunden wieder auf dem Niveau von 1988 angelangt. Dies bedeutet zugleich, dass die westdeutschen Arbeitszeiten im jetzt zu Ende gegangenen Wachstumszyklus erstmals über die ursprünglich längeren ostdeutschen Arbeitszeiten (40,1 Wochenstunden) hinausgegangen sind. Zwar sind in der verarbeitenden Industrie die westdeutschen Arbeitszeiten nach wie vor kürzer als die ostdeutschen, aber im anteilmäßig stärker ins Gewicht fallenden Dienstleistungssektor wird in Westdeutschland länger gearbeitet als in Ostdeutschland. Die sich daraus rechnerisch ergebende Wochenarbeitszeit von 40,3 Stunden in Deutschland demonstriert, wie sehr die Durchschnittszahlen zu Beschäftigung und Arbeitszeiten durch die Situation in Westdeutschland geprägt sind, und wie sehr nach wie vor eine differenzierte Betrachtung beider Landesteile erforderlich ist, um besondere Entwicklungen in Ostdeutschland verstehen zu können. (Dieses Thema wird in einem weiteren Report des Arbeitszeit-Monitors gesondert beleuchtet.)

Der hier betrachtete Zeitraum bildet den größten Teil eines Konjunkturzyklus ab. Nach dem Boomjahr 2000 waren die Jahre 2001 bis 2003 durch einen Rückgang des Wachstums und wirtschaftliche Stagnation geprägt. 2004 setzte dann wieder ein Aufschwung ein, der im vergangenen Jahr zu Ende ging. Die erste Phase des Betrachtungszeitraums war also eine wirtschaftliche Schwächeperiode, die in vielen Unternehmen mit erheblichem Personalabbau einherging. Gleichzeitig gingen auch die tatsächlichen Wochenarbeitszeiten zurück: Zwischen 2000 und 2003 sanken im gesamtdeutschen Durchschnitt die tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten der Vollzeit-Arbeitnehmer/innen von 40 auf 39,6 Wochenstunden. Mit dem erneuten Wirtschaftsaufschwung wurden auch die Arbeitszeiten wieder länger. Bis 2006 stiegen sie schließlich auf ein Niveau, das über dem Spitzenwert in der vorangegangenen wirtschaftlichen Wachstumsphase lag (Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung der tarifvertraglichen* und tatsächlichen durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten von abhängig in Vollzeit Beschäftigten in Deutschland (1984-2006)



* Stunden pro Woche, Durchschnitt aller von Flächentarifverträgen erfassten Arbeitnehmer/innen
 Quellen: Mikrozensus und ELFS Sonderauswertung IAQ, WSI-Tarifarchiv

Ein Rückgang der effektiven Arbeitszeiten in Zeiten der Rezession oder Stagnation ist nichts Ungewöhnliches. Auch für eine gewisse Verlängerung der Arbeitszeiten im wirtschaftlichen Wiederaufschwung gibt es Beispiele aus anderen EU-Ländern. Dennoch ist die Entwicklung der Arbeitszeiten seit 2003 neu für Deutschland und ungewöhnlich in der EU.

So war es bemerkenswert, dass bereits 2003, also noch in der wirtschaftlichen Stagnationsphase, eine heftige öffentliche Debatte über die Notwendigkeit längerer Arbeitszeiten in Deutschland initiiert wurde. Zunächst waren es einige Arbeitgeberverbände der Privatwirtschaft, dann aber mehr und mehr auch die öffentlichen Arbeitgeber, die für eine Revision von tarifvertraglichen Arbeitszeitbegrenzungen aus den 1990er Jahren eintraten. Dies provozierte zum damaligen Zeitpunkt die Frage, ob mit der Forderung nach längeren Arbeitszeiten etwa intendiert sei, die Arbeitszeiten „gegen den Markt“ zu verlängern (Lehndorff 2003). Früchte trugen diese Vorstöße zur Arbeitszeitverlängerung allerdings mit dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung. 2004 begannen die tatsächlichen Arbeitszeiten wieder zu steigen. Da in den Jahren zuvor in erheblichem Umfang Personal abgebaut worden war, reagierten die Unternehmen auf die wieder anspringende Konjunktur unmittelbar mit längeren Arbeitszeiten. Erst 2006, also mit großer zeitlicher Verzögerung, begann auch die Beschäftigung zu wachsen (wenn auch mit starkem Gewicht auf Leiharbeit und Minijobs; vgl. Logeay/Zwiener 2008). Doch der Anstieg der Arbeitszeiten hörte nicht auf, als die Beschäftigung wieder zuzunehmen begann. Bis 2006 stiegen die Wochenarbeitszeiten der Vollzeit-

beschäftigten auf durchschnittlich 40,3 Stunden - ein Niveau, das (bedingt durch die Entwicklung in Westdeutschland) über dem des Boomjahrs 2000 lag.

Die beschäftigungspolitische Problematik dieser Entwicklung wird beim Vergleich mit dem Konjunkturaufschwung Mitte der 1980er Jahre deutlich (auch hierzu vgl. Abbildung 1). Damals war ebenfalls zunächst die Arbeitszeit angestiegen; mit einsetzendem Beschäftigungsanstieg ging die Arbeitszeit dann jedoch wieder zurück. Diese „Atmungsfunktion“ der Arbeitszeit bezogen auf schwankende Kapazitätsbedarfe wurde seinerzeit durch die tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen unterstützt, so dass die tatsächlichen Wochenarbeitszeiten sogar während des Wirtschaftsaufschwungs zurückgingen und dadurch den Beschäftigungseffekt des Wachstums steigerten. Ganz anders im jetzt zurückliegenden Konjunkturzyklus: In der wirtschaftlichen Stagnations- und Schwächephase wurden die Belegschaften ausgedünnt und zugleich die Türen zu längeren Arbeitszeiten durch betriebliche Abweichungen von den Tarifverträgen geöffnet (vgl. dazu auf der Basis der WSI-Betriebsrätebefragung Massa-Wirth 2007). Sobald die Konjunktur wieder ansprang, gingen viele Unternehmen durch diese offenen Türen, während sie sich mit Neueinstellungen zunächst zurückhielten.

Arbeitszeitverlängerungen auch mit Hilfe des Staates

Offensichtlich haben bei dieser Arbeitszeitentwicklung wirtschaftliche und politische Faktoren zusammengewirkt. Dies lässt sich anhand der Entwicklung in einzelnen Wirtschaftszweigen illustrieren (Tabelle 1). Nicht überraschend sind zunächst die Arbeitszeitschwankungen in den Branchen der Privatwirtschaft wie der Metallindustrie oder dem Einzelhandel. Die Metallindustrie in Westdeutschland sticht allerdings mit einer Arbeitszeitverlängerung von einer Stunde in den Jahren 2003 bis 2006 besonders hervor. Diese Branche war es auch, auf die sich die Bemühungen um Abweichungen von den Flächentarifverträgen konzentrierten. Bemerkenswert ist auch, dass selbst im Einzelhandel trotz schwächelnden Binnenmarkts die Arbeitszeiten nach 2003 um mehr als eine halbe Stunde pro Woche anstiegen.

Besonders aufschlussreich ist der Arbeitszeitanstieg im öffentlichen Dienst Westdeutschlands, der mit knapp einer Stunde fast ebenso stark war wie der in der vom Exportboom getriebenen Metallindustrie. Zu dieser Verlängerung der effektiven Arbeitszeiten haben offensichtlich die nach erbitterten Tarifaueinandersetzungen vereinbarten tarifvertraglichen Arbeitszeitverlängerungen (WSI 2008) den entscheidenden Schub gegeben. Hintergrund waren hier nicht hauptsächlich konjunkturelle Entwicklungen, sondern der Versuch der öffentlichen Arbeitgeber, die Folgen des von der Bundesregierung mit Hilfe von Steuerreformen organisierten Ressourcenzugs zu Lasten des Staates (Bofinger 2008) durch Einsparungen beim Personal zu verkraften. Zu beachten ist auch, dass die Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst auf Westdeutschland beschränkt waren. In Ostdeutschland lagen die tatsächlichen Arbeitszeiten im Beobachtungszeitraum demgegenüber sogar etwas unter dem Tarifniveau, weil durch eine Reihe von Beschäftigungssicherungsvereinbarungen Arbeitsplätze im Tausch gegen Einkommens- und Arbeitszeitreduzierungen erhalten werden konnten.

Im Ost-West-Vergleich der Branchen fällt auf, dass in der westdeutschen Industrie die Arbeitszeiten kürzer, in westdeutschen Dienstleistungen dagegen länger sind als in Ostdeutschland. Die Arbeitszeitdifferenzierung zwischen Industrie und Dienstleistungen in Westdeutschland lässt sich bereits seit den 1980er Jahren beobachten und korrespondiert mit dem unterschiedlichen Gewicht von Tarifverträgen und Betriebsräten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen (Lehn-

dorff/Wagner 2004). In Ostdeutschland dagegen scheint die Arbeitszeitentwicklung teilweise anderen Gesetzen zu folgen, nicht zuletzt auch deshalb, weil das westdeutsche System der industriellen Beziehungen in den 1990er Jahren in Ostdeutschland nie wirklich in der Breite verankert werden konnte (Bosch/Knuth 2003; Schmidt et al. 2003). Stattdessen hat sich offenbar über die Branchen hinweg so etwas wie ein informeller 40-Stunden-Standard herausgebildet, der auch in der jüngsten Phase wirtschaftlichen Wachstums nicht in Frage gestellt wurde.

Tabelle 1: Effektive Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland 2001-2006, ausgewählte Branchen (NACE)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Diff. 2006- 2003
Verarbeitendes Gewerbe (15 bis 37)	39,1	39,0	38,8	39,0	39,3	39,6	0,6
West	39	38,9	38,7	38,9	39,2	39,5	0,8
Ost	39,9	39,8	39,6	39,9	39,9	39,9	0,3
Metallindustrie (27 bis 35)	38,6	38,6	38,3	38,6	38,8	39,2	0,9
West	38,4	38,4	38,1	38,4	38,7	39,1	1,0
Ost	39,6	39,6	39,3	39,6	39,7	39,7	0,4
Baugewerbe (45)	40,2	40,3	40,0	40,3	40,4	40,6	0,4
West	40,2	40,3	40,0	40,3	40,4	40,7	0,5
Ost	40,3	40,2	40,1	40,2	40,3	40,4	0,1
Einzelhandel (52)	39,9	40,0	39,6	39,8	39,9	40,2	0,6
West	40	40,1	39,6	39,9	40	40,3	0,7
Ost	39,7	39,8	39,5	39,6	39,6	39,7	0,4
Öffentliche Verwaltung (75)	39,6	39,6	39,5	39,7	39,9	40,1	0,6
West	39,5	39,5	39,4	39,7	40	40,3	0,9
Ost	39,7	39,8	39,7	39,6	39,6	39,7	0,0

Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung IAQ

Im gesamtdeutschen Durchschnitt jedoch werden die großen Arbeitszeittrends durch die Entwicklung in Westdeutschland dominiert, und dort reagieren die Arbeitszeiten im Vergleich stärker auf Konjunkturschwankungen und sind zugleich stärker politisch umkämpft – eine Konsequenz der zentralen und historisch gewachsenen Bedeutung der Arbeitszeitregulierung im Tarifvertragssystem der Bundesrepublik. So sind konjunkturelle Veränderungen und branchenstrukturelle Verschiebungen mit politischen Einflussgrößen verwoben, die mit den Umbrüchen im Tarifvertragssystem und dem massiven Druck auf tarifvertragliche Arbeitszeitstandards in den letzten Jahren zusammenhängen, also insbesondere der abnehmenden Tarifbindung (Kohaut/Ellguth 2008), abweichenden Tarifvereinbarungen oder „betrieblichen Bündnissen für Arbeit“ (Haipeter 2006) sowie anderen – v.a. informellen - betrieblichen Arbeitszeitverlängerungen. Eine zunehmende Bedeutung dürfte dabei dem wachsenden Anteil kleinerer Betriebe ohne Tarifbindung oder auch ohne Betriebsrat zukommen (Ellguth/Promberger 2007). Zu bedenken ist, dass die vertraglichen Arbeitszeiten in Betrieben ohne Tarifbindung im Schnitt um mehr als eine Stunde länger sind als in

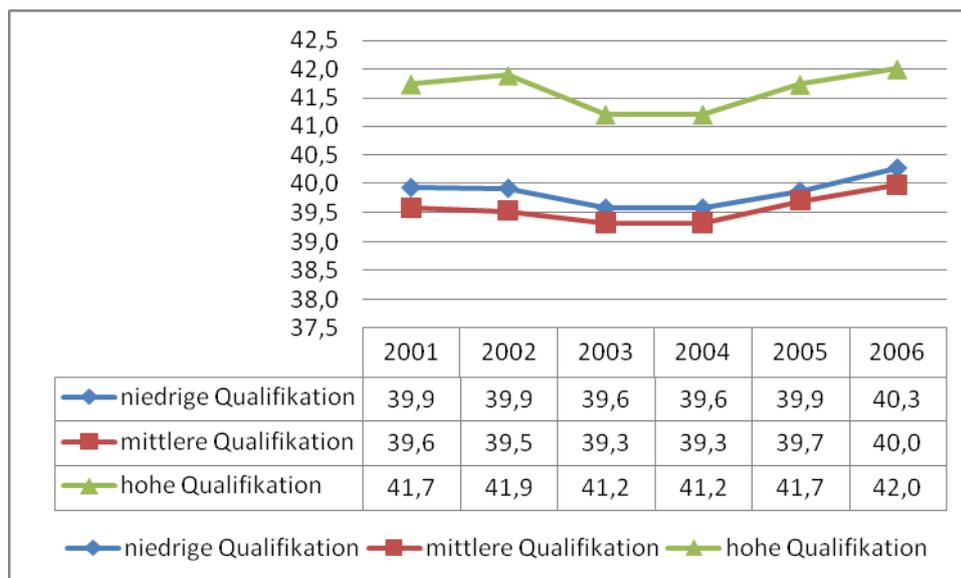
tarifgebundenen Betrieben (Groß 2007: 40). Alles in allem haben Faktoren außerhalb der tarifvertraglichen Arbeitszeitregulierung einen deutlich größeren Einfluss auf die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeiten in der Bundesrepublik gewonnen, als dies etwa in den 1980er Jahren der Fall war.

Arbeitszeitverlängerung in der Mitte der Arbeitsgesellschaft

Seit dem dot.com-Boom in den 1990er Jahren wird immer wieder die Meinung vertreten, dass die moderne Arbeitswelt mit ihrer zunehmenden Bedeutung von „Wissensarbeit“ unvermeidlich mit unregulierten und langen Arbeitszeiten einhergehe. Der Anstieg der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten von Vollzeitbeschäftigten scheint diese Vermutung zu bestätigen. Eine differenziertere Auswertung der Daten rückt jedoch andere Faktoren stärker ins Blickfeld.

Tatsächlich ist seit den 1980er Jahren zu beobachten, dass hochqualifizierte Beschäftigte länger arbeiten als etwa Beschäftigte mit mittlerer Qualifikation, also z.B. mit einem Berufsschulabschluss (Lehndorff/Wagner 2004). Dieser Unterschied betrug im Jahre 2001 im Schnitt zwei Stunden pro Woche. Da der Anteil höher Qualifizierter an der Gesamtheit der Beschäftigten längerfristig zunimmt, fallen die Beschäftigten mit längeren Arbeitszeiten quantitativ stärker ins Gewicht, so dass sich die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten verlängert. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, dass innerhalb der Beschäftigtengruppen mit hoher Qualifikation die Arbeitszeiten immer länger würden und nach oben „ausfranst“. Vielmehr zeigen die Daten zu den Jahren seit 2001, dass die Arbeitszeiten hochqualifizierter Beschäftigter lediglich etwas stärker mit der Konjunktur schwanken als die der übrigen Qualifikationsgruppen. Am Ende des betrachteten Zeitraums jedoch war die Arbeitszeitdifferenz nach Qualifikationsgruppen so gut wie unverändert (Abbildung 2). Dies spricht gegen die Annahme, dass es ein Ausufernde der Arbeitszeiten von „Wissensarbeitern“ als verbreitetes Phänomen gebe, das den rechnerischen Durchschnitt der Wochenarbeitszeiten aller Vollzeitbeschäftigten in die Höhe treibe.

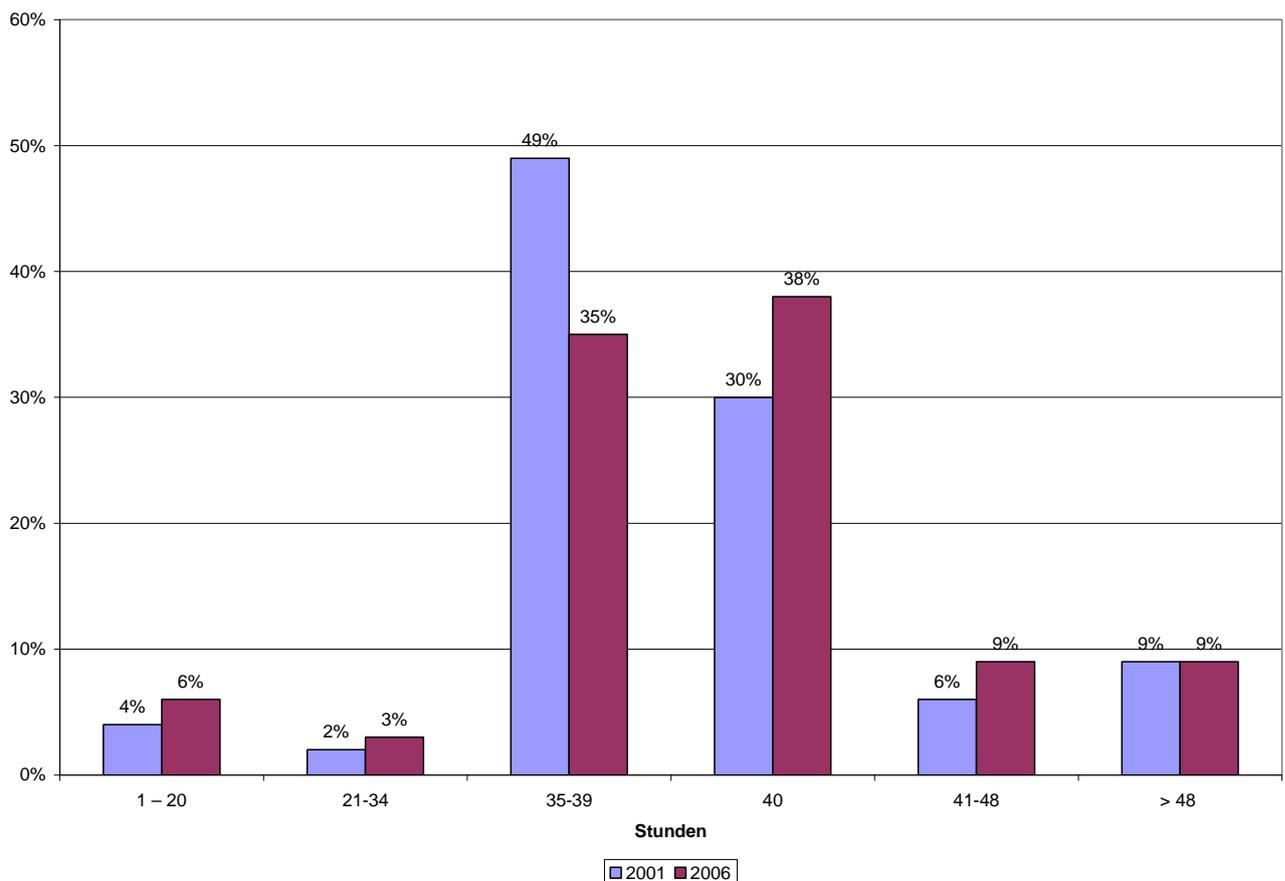
Abbildung 2: Arbeitszeiten nach Qualifikation, Vollzeitbeschäftigte, Gesamtdeutschland



Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung IAQ

Dieses differenziertere Bild wird durch eine Betrachtung der Häufigkeit bestimmter Wochenarbeitszeiten bestätigt. Dazu wird die bisherige Beschränkung der Betrachtung auf Vollzeit aufgegeben. Außerdem greifen wir uns eine bestimmte Beschäftigtengruppe heraus, nämlich die männlichen Arbeitnehmer in Westdeutschland, weil bei ihnen die Arbeitszeitverlängerungen im Beobachtungszeitraum besonders ausgeprägt waren. Abbildung 3 zeigt, wie viel Prozent dieser Beschäftigten normalerweise wie viele Stunden pro Woche arbeiten und wie sich diese Verteilung zwischen 2001 und 2006 verändert hat. Teilzeitarbeit bis zu 20 Wochenstunden ist bei diesen Beschäftigten weiterhin selten anzutreffen. Aber auch „lange Teilzeit“ oder „kurze Vollzeit“, also Arbeitszeiten im Bereich von über 20 und unter 35 Stunden bleiben eine Randerscheinung. Insgesamt haben sich gewöhnliche Arbeitszeiten von weniger als 35 Wochenstunden bei den männlichen Arbeitnehmern in Westdeutschland um lediglich drei Prozentpunkte erhöht. Einen Einbruch um 14 Prozentpunkte gab es dagegen im Bereich der 35- bis 39-Stunden-Woche. Dies ist der Bereich, in dem sich die tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen der 1980er und frühen 1990er Jahre niedergeschlagen hatten. Von hier aus fand jetzt eine Arbeitszeit-Verschiebung vor allem zur 40-Stunden-Woche hin statt. Auch der Anteil von Beschäftigten mit längeren Arbeitszeiten als 40 Wochenstunden erhöhte sich, allerdings in deutlich geringerem Maße.

Abbildung 3: Verteilung der effektiven Arbeitszeiten, Männer, abhängige Beschäftigte, Westdeutschland (16-64 Jahre)



Anm.: 48 Wochenstunden sind die von der deutschen und europäischen Gesetzgebung gezogene Obergrenze der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit

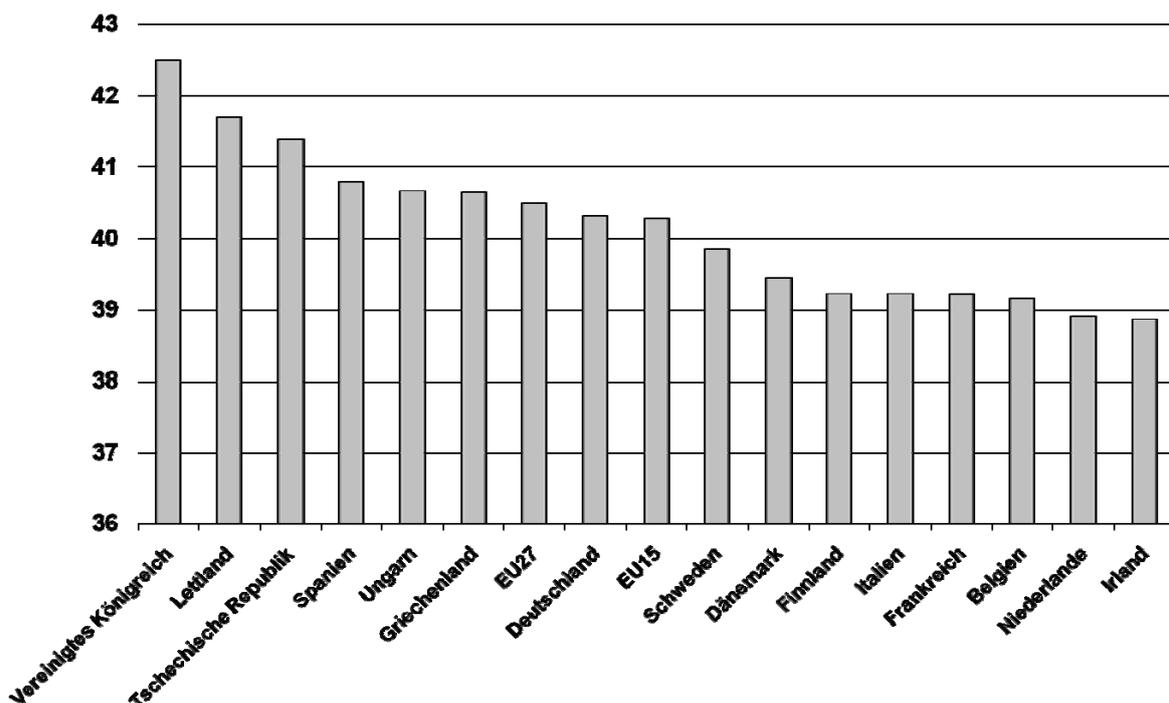
Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung IAQ

Der größte Teil der Arbeitszeitverlängerung fand also, um ein in letzter Zeit häufig verwendetes Bild aufzugreifen, in der Mitte der Arbeitsgesellschaft statt: Zu Beginn dieses Jahrzehnts arbeitete noch jeder zweite männliche Arbeitnehmer Westdeutschlands zwischen 35 und 39 Wochenstunden, 2006 nur noch jeder dritte. Dem standen zu diesem Zeitpunkt 38% der abhängig Beschäftigten mit einer effektiven 40-Stunden-Woche gegenüber und 18% mit einer Arbeitszeit von über 40 Wochenstunden.

Deutschland im EU-Vergleich: Stärkste Arbeitszeitverlängerung, aber kürzeste Teilzeit

Angesichts der Arbeitszeitverlängerungen der zurückliegenden Jahre muss die verbreitete Vorstellung, Deutschland gehöre zu den europäischen Ländern mit den kürzesten Arbeitszeiten, gründlich revidiert werden. Abbildung 4 zeigt die durchschnittlichen Arbeitszeiten für Vollzeit-erwerbstätige in Europa (Basis ist die Europäische Arbeitskräftestichprobe ELFS, die aktuellere Daten als der Mikrozensus bietet und deshalb bereits für 2007 vorliegt).

Abbildung 4: Arbeitszeiten von Vollzeit-erwerbstätigen in ausgewählten europäischen Ländern, 2007



Anm.: EU-15 und EU-27 ohne Österreich (mangels für einen Querschnittsvergleich geeigneter Daten).

Quelle: ELFS, eigene Berechnungen IAQ

Die mit Abstand längsten wöchentlichen Arbeitszeiten werden in Großbritannien und Lettland gearbeitet, die kürzesten in Irland und den Niederlanden. Die Arbeitszeiten streuen mit einer Bandbreite von knapp unter 39 bis etwas über 42 Wochenstunden, und es ergibt sich ein Durchschnitt von 40,5 (in der EU-15) bzw. 40,3 Wochenstunden (in der EU-27). Die Daten zeigen das starke Gefälle zwischen den Arbeitszeiten der meisten neuen EU-Mitgliedsländer und denen in

der „alten“ EU-15. Die gewöhnlichen Wochenarbeitszeiten Deutschlands entsprechen dem Durchschnitt der EU-15 und sind nur geringfügig kürzer als der Durchschnitt der EU-27. Unter den Ländern der EU-15 arbeiten Vollzeitbeschäftigte nur noch in Großbritannien, Griechenland und Spanien länger als in Deutschland.

Betrachtet man nun die Entwicklung der Arbeitszeiten in der EU im Zeitverlauf, wird man kein eindeutiges, europaweites Muster der Arbeitszeitentwicklung erkennen. Wichtig aus deutscher Sicht ist, dass die Verlängerung der tatsächlichen Wochenarbeitszeiten in Deutschland keinen generellen Trend in der EU widerspiegelt. Arbeitszeitverlängerungen in einigen Ländern stehen effektive Arbeitszeitverkürzungen in den neuen EU-Ländern, aber auch in Großbritannien und Irland gegenüber. Der Anstieg der Wochenarbeitszeiten in Deutschland im Zeitraum 2003 bis 2007 ist der stärkste aller EU-Länder (Tabelle 2).

Tabelle 2: Arbeitszeiten von Vollzeiterwerbstätigen in ausgewählten EU-Ländern (2000, 2003, 2007)

	2007	2003	2000	Diff. 2007-2000	Diff. 2007-2003
Deutschland	40,3	39,6	40,1	0,2	0,7
Italien	39,2	38,6	38,6	0,6	0,6
Frankreich	39,2	38,7	38,9	0,3	0,5
Spanien	40,8	40,4	40,6	0,2	0,4
EU-15*	40,3	40,0	40,3	0,0	0,3
EU-27*	40,5	-	-	-	-
Dänemark	39,4	39,2	39,3	0,1	0,2
Schweden	39,9	39,8	40,0	-0,1	0,2
Niederlande	38,9	38,8	39,0	-0,1	0,1
Belgien	39,2	39,2	38,5	0,7	0,0
Tschechien	41,4	41,5	43,3	-1,9	-0,1
Polen	41,3	41,5	n.A.	-	-0,2
Ungarn	40,7	41,0	41,3	-0,6	-0,3
Irland	38,9	39,3	39,9	-1,0	-0,4
Großbritannien	42,5	43,0	43,5	-1,0	-0,5

Anm.: EU-15 und EU-27 ohne Österreich (mangels für einen Querschnittsvergleich geeigneter Daten).

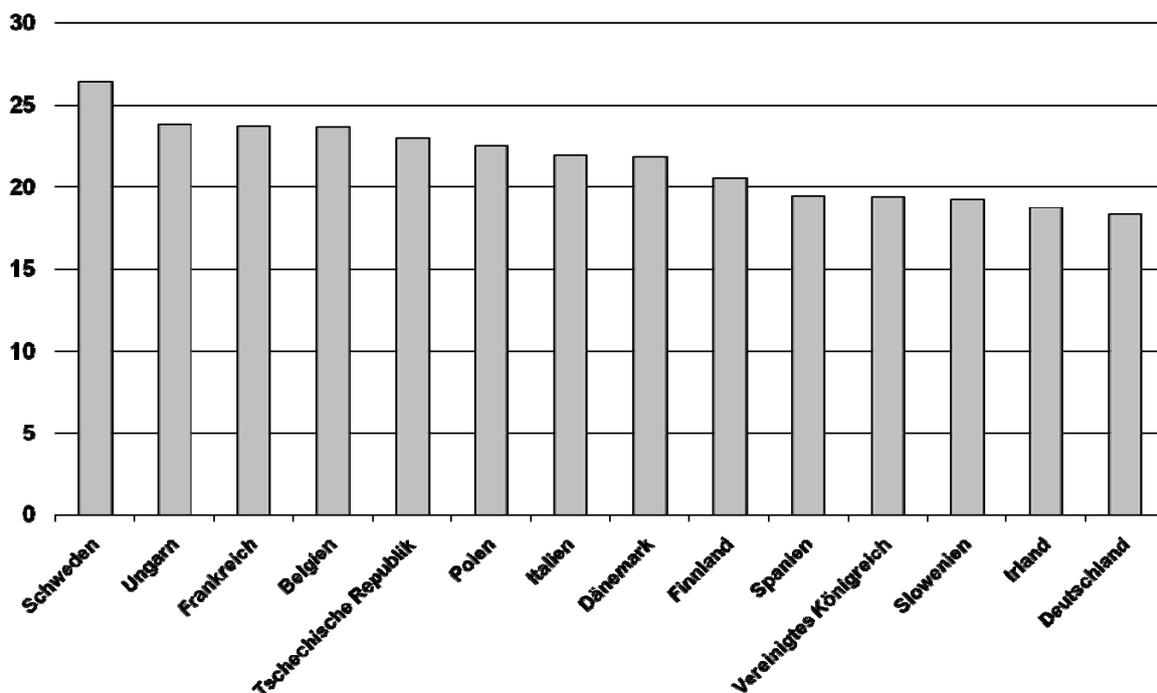
Quelle: ELFS, eigene Berechnungen IAQ

Die Arbeitszeitänderungen in anderen EU-Ländern können im Prinzip ebenso wie die in Deutschland nur durch eingehendere Analysen verstanden werden. Besonderes Interesse verdient dabei der fast durchgängige Trend zu kürzeren tatsächlichen Arbeitszeiten in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten – parallel zu den starken Lohnerhöhungen in denselben Ländern. Da ein gewerkschaftlicher Einfluss als maßgeblicher Faktor auf diese Entwicklung in der Regel ausgeschlossen werden kann, liegt die Vermutung nahe, dass in diesen Ländern die Verkürzung der Arbeitszeiten Hand in Hand mit höheren Einkommen als Wohlstandsindikator angesehen wird und zugleich eine Aufrechterhaltung – oder sogar weitere Anhebung - des ursprünglich hohen Arbeitszeitniveaus in Zeiten raschen wirtschaftlichen Wachstums als nicht vereinbar mit dem

Ziel betrachtet wird, die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Weitere kollektivvertragliche oder effektive Verlängerungen der Arbeitszeiten in Deutschland würden ebenso wie Lohnsenkungen die Spielräume für derartige sozialpolitische Fortschritte in den neuen EU-Mitgliedsländern zukünftig einengen.

In starkem Kontrast zur Vollzeit entwickelt sich die Teilzeitarbeit. Dies gilt insbesondere für die Teilzeitarbeit von Frauen. In keinem europäischen Land sind die Wochenarbeitszeiten von Teilzeit arbeitenden Frauen so kurz wie in Deutschland (18,3 Wochenstunden; vgl. Abbildung 5). Während in einigen anderen Ländern, am stärksten ausgeprägt aber in Schweden, „lange Teilzeit“ bei Frauen verbreitet ist, scheinen in Deutschland Vollzeit und Teilzeit noch verschiedenen Welten anzugehören. Dies ist nicht zuletzt eine Konsequenz der weiterhin wirksamen staatlich geförderten oder erzwungenen Teilzeitarbeit von Frauen mit Kindern im deutschen Sozialmodell (vgl. dazu ausführlicher [IAQ-Report 2008-04](#)).

Abbildung 5: Arbeitszeiten teilzeitbeschäftigter Frauen in ausgewählten europäischen Ländern, 2006



Quelle: ELFS Sonderauswertung IAQ

Ausblick: Arbeitszeitpolitik in der bevorstehenden Krise

Mit Blick auf die derzeit beginnende Wirtschaftskrise gibt die Arbeitszeitentwicklung der Jahre 2001 bis 2006 zu denken. Der starke Personalabbau in vielen Unternehmen während der Stagnationsphase 2001 bis 2003 führte im darauf folgenden Aufschwung vielfach zu Personalengpässen. Der einfachste Ausweg aus dieser – im Rückblick vielfach bedauerten – Situation waren Arbeitszeitverlängerungen. Das Feld dafür war durch starke politische Initiativen zugunsten längerer tarifvertraglicher Arbeitszeiten bereitet worden. Erst mit mehrjähriger Verzögerung setzte dann das Beschäftigungswachstum ein, dessen Struktur (größeres Gewicht der Leiharbeit) sich gegenwärtig als

wenig krisenfest erweist und das überdies auch die ebenfalls häufig beklagte Unterrepräsentanz Älterer bei den Neueinstellungen nicht korrigierte (Brussig 2009). Ohne Arbeitszeitverlängerungen hätten die Beschäftigungschancen in der Phase wirtschaftlichen Wachstums besser genutzt werden können.

Arbeitszeitverlängerungen im Aufschwung nach Personalabbau in der Rezession - aus dieser Fehlentwicklung sollte in der jetzt einsetzenden Rezession gelernt werden. Es ist sinnvoller, das Flexibilitätpotenzial der Arbeitszeit (incl. Kurzarbeit) in Verbindung mit Qualifizierungsmaßnahmen zu nutzen, als mit Entlassungen den Personalmangel im nächsten Aufschwung zu programmieren. Die durch derartige Personalengpässe provozierten Arbeitszeitverlängerungen schränken den Beschäftigungsaufbau nach der Krise ein.

Angesichts der seit einigen Wochen verstärkt in der Öffentlichkeit diskutierten Verantwortung des Staates sollte nicht vergessen werden, dass Regierungen in Bund und Ländern in den letzten Jahren mehr und mehr eine führende Rolle bei den politischen Vorstößen für längere Arbeitszeiten eingenommen haben. Aus heutiger Sicht und mit Blick auf die wieder erstarkende Rolle des öffentlichen Sektors in der bevorstehenden Krise wird deutlich, dass eine Fortsetzung derartiger politischer Initiativen der Beschäftigung schadet und nicht zeitgemäß ist. Dies sollte auch dann nicht aus dem Bewusstsein verdrängt werden, wenn im Gefolge der jetzt anlaufenden Konjunkturprogramme die Staatsverschuldung ansteigt. Eine Reduzierung der Personalkosten im öffentlichen Dienst durch Arbeitszeitverlängerungen mögen dann zwar erneut als Patentlösung erscheinen, aber der damit einhergehende negative Beschäftigungseffekt würde einen Teil der durch die Konjunkturpakete ausgelösten positiven Beschäftigungswirkungen sofort wieder zunichte machen.

Literatur

Bofinger, Peter, 2008: Das Jahrzehnt der Entstaatlichung. WSI Mitteilungen 61(7), S. 351-357
[Abstract](#)

Bosch, Gerhard / Knuth, Matthias, 2003: Das deutsche Beschäftigungssystem im 13. Jahr nach der Vereinigung. In: WSI-Mitteilungen 56(5), S. 275-283 [Volltext](#)

Brussig, Martin, 2009: Neueinstellungen von Älteren: Keine Ausnahme, aber auch noch keine Normalität. Internet-Dokument. Gelsenkirchen, Düsseldorf: Inst. Arbeit und Qualifikation, Hans-Böckler-Stiftung. Altersübergangs-Report, Nr. 2009-01 [Volltext](#)

Ellguth, Peter / Promberger, Markus, 2004: Arbeitszeitsituation und Betriebsrat - eine Matched-Pair-Analyse mit Daten des IAB-Betriebspanels. In: Bellmann, Lutz / Schnabel, Claus (Hrsg.): Betriebliche Arbeitszeitpolitik im Wandel. Nürnberg: Inst. für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. BeitrAB ; 288, S. 111-131 [Abstract](#)

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2008: Working time developments – 2007 [Volltext](#)

Groß, Hermann, 2007: Betriebs- und Arbeitszeitmanagement in tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Betrieben. Düsseldorf: HBS. Edition der Hans-Böckler-Stiftung ; 210

Haipeter, Thomas, 2006: Betriebsräte unter Handlungsdruck: Interessenvertretungspolitik im Zeichen der flexiblen Arbeitszeitregulierung. In: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Das Politische in der Arbeitspolitik: Ansatzpunkte für eine nachhaltige Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung. Berlin: Edition Sigma, S. 195-225

- Kümmerling, Angelika / Jansen, Andreas / Lehndorff, Steffen**, 2008: Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten. Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2008-04 [Volltext](#)
- Kohaut, Susanne / Ellguth, Peter**, 2008: Neu gegründete Betriebe sind seltener tarifgebunden. Nürnberg: Inst. für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. IAB-Kurzbericht ; 16 [Volltext](#)
- Lehndorff, Steffen**, 2003: Wie lang sind die Arbeitszeiten in Deutschland? Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik. IAT-Report, Nr. 2003-07 [Volltext](#)
- Lehndorff, Steffen / Wagner, Alexandra**, 2004: Arbeitszeiten und Arbeitszeitregulierung in Deutschland: eine Bestandsaufnahme. In: Bsirske, Frank / Möning-Raane, Margret / Sterkel, Gabriele / Wiedemuth, Jörg (Hrsg.): Es ist Zeit: das Logbuch für die ver.di-Arbeitszeitinitiative. Hamburg: VSA-Verl., S. 40-72
- Logeay, Camille / Zwiener, Rudolf**, 2008: Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs. WSI-Mitteilungen 61(8), S. 415-422 [Volltext](#)
- Massa-Wirth, Heiko**, 2007: Zugeständnisse für Arbeitsplätze? Konzessionäre Beschäftigungsvereinbarungen im Vergleich Deutschland – USA. Berlin: Edition Sigma. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung ; 80 [Abstract](#)
- Schmidt, Rudi / Röbenack, Silke / Hinke, Robert**, 2003: Prekarisierung des kollektiven Tarifsystems am Beispiel der ostdeutschen Metallindustrie. In: Industrielle Beziehungen 10(2), S. 220-249
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut**, 2008: Arbeitszeitkalender 2008: Daten aus 25 Wirtschaftszweigen. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Elemente qualitativer Tarifpolitik ; 65 [Volltext](#)

IAQ-Report 2009-01

Redaktionsschluss: 20.1.2009

Institut Arbeit und Qualifikation
 FB Gesellschaftswissenschaften
 Universität Duisburg-Essen
 45117 Essen

Redaktion

Claudia Braczko
claudia.braczko@uni-due.de

Matthias Knuth
matthias.knuth@uni-due.de

IAQ im Internet

Homepage:
<http://www.iaq.uni-due.de>

IAQ-Reports:
<http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/>

Über das Erscheinen des IAQ-Reports informieren wir über eine Mailingliste:
http://lists.uni-due.de/mailman/listinfo/iaq_report

Der IAQ-Report (ISSN 1864-0486) erscheint seit 2007 in unregelmäßiger Folge als ausschließlich elektronische Publikation. Der Bezug ist kostenlos.